



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll**

### **173. Ratssitzung vom 8. Dezember 2021**

**4709. 2021/368**

**Weisung vom 15.09.2021:**

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktegruppen-Globalbudgets)**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2022 werden genehmigt.  
b) Die Produktegruppen-Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2022 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, von Fr. 23 691 100.– nach erfolgter Lohnrunde 2022 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2022 wird genehmigt.
5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2022 mit zwei Produktegruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2022, Vorlage des Stadtrats vom 15.09.2021
- Produktegruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 15.09.2021
- Novemberbrief vom 10.11.2021
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 29.11.2021
- Anträge der RPK vom 29.11.2021, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse



2 / 6

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Felix Moser (Grüne)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4701/2021–4706/2021)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2021/368, Beschluss-Nr. 4700/2021.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

**Susanne Brunner (SVP):** *Wir beantragen Ihnen, das Budget 2022 zurückzuweisen. Der Stadtrat soll den Auftrag erhalten, ein neues Budget vorzulegen, das ausgeglichen ist. Mit dem Budget 2022 machen wir einen ersten Schritt in eine verhängnisvolle Defizitspirale. Das wollen wir verhindern, wofür wir die Rückweisung brauchen. Das Budget 2022 hat einen Personalaufwand von 3,3 Milliarden Franken. Es hat Steuereinnahmen von rund 3 Milliarden Franken. Mit allen Steuereinnahmen können wir also knapp den Personalaufwand decken und sonst nichts. Wir bauen damit noch keinen Meter Veloweg, keinen Stuhl in einem neuen Schulhaus, kein neues Schulhaus, keine zusätzliche Tempo-30-Tafel und keinen Quadratmeter einer Photovoltaik-Anlage. Das Resultat von alledem ist, dass der Selbstfinanzierungsgrad auf 31 Prozent sank. Das ist inakzeptabel. Jetzt braucht es Führung, jetzt braucht es die Exekutive. Der Stadtrat soll ein neues, ausgeglichenes Budget vorlegen. Denn Zürich verfügt über einen Haushalt von 9,5 Milliarden Franken. Die Nettoinvestitionen betragen 1,3 Milliarden Franken. Der Stadtrat muss die Führung übernehmen und Luft aus dem Budget lassen. Er muss priorisieren und Leistungen zurückstellen. Leistungen müssen auch zeitlich zurückgestellt werden. Der FDP will ich sagen, dass es gut und richtig ist, wenn wir im Rahmen der Budgetdebatte mit Kürzungsanträgen versuchen, das Budget zu verbessern. Gleichwohl kam es mir bei der Fraktionserklärung der freisinnigen Partei vor, als hätte es hier Schüler, die in der Schule nicht richtig aufpassten. Die FDP sagte, dass sie zu den Parteien des linken Spektrums ging und Gespräche über Möglichkeiten zur Verbesserung des Budgets führen wollte. Wir wissen, in welche Richtung die verschiedenen Parteien ziehen. Das Resultat dieser Versuche hätte man gekannt. Die FDP hätte sich den Weg sparen können. Unser Postulat fand vorher keine Gnade. Wenn man aber die Entwicklung der Zahlen betrachtet, muss man festhalten, dass man ein Budget nicht mit Reduktionen bei den Reisespesen, bei den Druckkosten, bei der Wäsche und den Vorhängen korrigieren kann. Man kann ein Stück weit etwas tun; aber die Aufgabe ist grösser, weshalb es dir Führung des Stadtrats braucht.*

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag und Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:



**Felix Moser (Grüne):** Für die Mehrheit der RPK legte der Stadtrat ein Budget vor, das der jetzigen Situation Rechnung trägt. Das Defizit von 173 Millionen Franken ist verkraftbar und angesichts des hohen Eigenkapitals vertretbar. Im Budget sind die Zahlen nicht so unsicher wie die Zahlen im FAP. Zwar gibt es grosse Posten wie der Steuerertrag, die abgeschätzt werden müssen. Sie sind in der Regel aber ziemlich zuverlässig. Am Budget sieht man, dass die Pandemie bisher wenig Einfluss auf die Zürcher Finanzen hatte. Insbesondere bei den Einnahmen ist kaum ersichtlich, dass wir in unsicheren Zeiten leben. Vermutlich kann man die stetige Zunahme bei den Grundstückgewinnsteuern auch als Auswirkung der Pandemie deuten. Das grosse Geld wird jetzt dort investiert oder angelegt, wo langfristig am meisten Sicherheit erwartet wird – beispielsweise in Liegenschaften und Land. Das Stellenwachstum der vergangenen Jahre ist auch im Budget präsent. Es gilt aber festzuhalten, dass die meisten der neu geplanten Stellen in den Departementen geschaffen werden, in denen es neues Personal braucht: in den Schulen und in den Spitälern. Zürich verfügt auch mit dem Budget 2022 über ein Polster von über 1 Milliarde Franken Eigenkapital. Die Stadt kann sich das Budget also leisten. Die Parteien, die dem Budget voraussichtlich zustimmen werden, vertreten sogar die Meinung, dass ein paar zusätzliche Ausgaben nötig, richtig und verantwortbar sind. Das betrifft insbesondere die Schaffung von zusätzlichen Stellen in den Bereichen Pflege und Schule. An beiden Orten soll, verkürzt gesagt, die Qualität verbessert werden. Bei diesen wichtigen Anliegen sind die Mehrheitsparteien AL, SP und Grüne im Grossen und Ganzen einer Meinung. Die Mehrheit wird dem Budget in der Schlussabstimmung voraussichtlich zustimmen. Für die Mehrheit, die den Rückweisungsantrag ablehnt, liegt dieser quer in der Landschaft: Er ist falsch, schädlich und gefährlich. Erstens gibt es aus Sicht der Mehrheit keinen Grund, die Erfolgsrechnung im Jahr 2022 ausgeglichen zu gestalten. Wir leben in speziellen Zeiten. Die Herausforderungen sind gross und gerade jetzt ein Sparbudget zu fordern, ist falsch. Das Eigenkapital in der Höhe von 1,6 Milliarden Franken ist relativ viel, auch für eine Stadt wie Zürich. Dazu kommt, dass eine Rückweisung die Stadt stark blockieren würde. Die wenigsten hier waren dabei, als vor zwölf Jahren der letzte Rückweisungsantrag angenommen wurde. Bis ein neues Budget vorliegt, wird es März werden. Eine Rückweisung würde der Stadt und insbesondere dem Gewerbe und den Menschen, die in Zürich leben, sehr schaden. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Forderung nach einer Rückweisung falsch ist und nicht sinnvoll umgesetzt werden kann, dass das vorliegende Budget eine gute Grundlage für die Gemeinderatsdebatte darstellt und dass die Rückweisung klar abgelehnt werden muss.

Weitere Wortmeldungen:

**Severin Pflüger (FDP):** Ich ging eigentlich davon aus, dass ich dieses Votum gegen die links-grüne Mehrheit und gegen STR Daniel Leupi halten kann. Ich finde mich aber in einem Kleinkrieg mit Susanne Brunner (SVP) wieder – leider unnötig. Die FDP passte in der Schule auf und ich weiss nicht, wie ich den Hinweis werten soll. Wir werden das Budget ebenfalls zurückweisen. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat das besser kann, dass er unsere Anträge beherzigen und relativ schnell ein neues Budget erstellen kann, das gut funktioniert und aus dem die Luft herausgelassen worden ist. Wir spra-



chen auch mit der SVP, bevor wir die SP zum Dialog aufforderten. Die SVP hat nur aktuell weniger Gemeinderäte als die SP. Zusammen mit der SP haben wir eine Mehrheit, mit der wir eine Wende herbeiführen könnten. Mit der SVP zusammen reicht es leider nicht. Die SP ist die Mehrheitsmacht, weshalb wir sie fragen wollten, ob sie bereits sei, mit uns zusammen Verantwortung zu übernehmen. Die Quadratur des Kreises ist nicht möglich. Es gibt eine endliche Menge von Steuereinnahmen und Geldern und wir müssen priorisieren. Diese Priorisierung hätten wir gerne mit der SP in Angriff genommen. Die SP ist aber der Meinung, dass immer alles funktioniert und dass das Wachstum unendlich ist. Sie sind «Wachstums-Junkies», die glauben, dass immer mehr Leute in die Stadt kommen werden und diese mehr Geld verdienen werden als die, die von der Stadt wegziehen. Das ist aber ein Irrglaube. Auch ist der FAP nicht für alle Zeiten immer schlechter als die Realität. Vielleicht holt uns die Realität ein. Dafür müssen wir vorsehen, weshalb wir den Rückweisungsantrag unterstützen.

**Florian Utz (SP):** Ich habe grosses Verständnis dafür, wenn wir über einzelne Anträge unterschiedlicher Meinung sind. Wir können darüber diskutieren, ob es in Zürich zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt, ob es mehr geben soll oder ob das nicht nötig ist. Wir können darüber diskutieren, ob das Gewerbe jetzt einen Gebührenerlass braucht oder ob das nicht notwendig ist. Wir können darüber diskutieren, ob das Pflegepersonal eine Einmalzulage von 2000 Franken verdient hat oder ob diese Zulage nicht verdient ist. Das macht die schweizerische Demokratie aus: Wir können über einzelne Fragen diskutieren, unterschiedlicher Meinung sein und am Ende gibt es eine Mehrheit und es gibt eine Minderheit, die einen demokratisch gefällten Mehrheitsentscheid respektiert. Bei diesem Budget haben wir unterschiedliche Koalitionen. Auch funktioniert die erwähnte Zusammenarbeit zwischen der FDP und der SP: Bei einigen Budgetanträgen gibt es sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite eine Schnittmenge. Auch machen wir bei einzelnen Kürzungsanträgen mit, beispielsweise fanden wir nach einem Austausch bei der Personalwerbung einen gemeinsamen Antrag. Bei der Frage des Gebührenerlasses für das Gewerbe fanden wir uns ebenfalls. Bei anderen Fragen herrscht die klassische linke Mehrheit, bei gewissen Fragen ist die SP allein. Das ist Demokratie: Es gibt unterschiedliche Mehrheiten und Diskussionen. Wir finden es aber nicht gut, wenn das Budget telquel zurückgewiesen wird. Denn was sich Zürich nicht leisten kann, ist kein Budget zu haben. Denn kein Budget bedeutet keine Unterstützung für das Gewerbe und dass die Spitäler sowie die gesamte Stadtverwaltung auf Minimalbetrieb laufen. Sven Sobernheim (GLP) formulierte es treffend mit dem Wort «Finanzlockdown» – das wollen die Sozialdemokraten nicht. Wir wollen eine funktionierende, starke und solidarische Stadt und – mehr als alles andere – wollen wir eine handlungsfähige Stadt. Eine handlungsfähige Stadt haben wir nur, wenn wir am Ende ein Budget haben. Auch wenn wir uns im Budget nicht überall durchsetzen können, braucht unsere Stadt ein Budget und sie muss handlungsfähig sein.

**Sven Sobernheim (GLP):** Wir können dem Defizit oder dem Grundbudget zustimmen. Wir können aber nicht zustimmen, wenn es eine weitere Verschlechterung gibt. Bis heute habe ich nicht verstanden, was der Rückweisungsantrag genau will. Er will keine Erhöhung von Steuern, Gebührenabgaben und Bussen. Die Frage stellt sich: Gegenüber welchem Zeitpunkt? Wenn wir den Rückweisungsantrag unterstützen, wie sieht es



*mit dem Gebührenerlass aus, der mit dem Novemberbrief beschlossen wurde? Wie sieht es mit dem Gebührenerlass bei der Wasserversorgung und ERZ aus, den wir im laufenden Jahr beschlossen hatten? Werden die Gebühren auf das letzte Jahr eingefroren oder nicht? Wenn ich die «Milchbüchleinrechnung» von Susanne Brunner (SVP) weiterrechne – sie sagte, dass das ganze Geld nur für Löhne ausgegeben wird – dann bedeutet das auch, dass wir von unseren Abfallgebühren Stühle in Schulhäusern kaufen, weil nur so diese «Milchbüchleinrechnung» weitergedacht werden kann. Es ist darum eine sehr demotivierte und nicht eine motivierte Rückweisung. Es ist ein sehr unklarer Auftrag in einer Zeit, in der wir uns eine budgetlose Situation nicht leisten können. Darum lehnen wir den Rückweisungsantrag ab und würden uns freuen, wenn wir am Schluss auch dem Budget zustimmen können.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Der Sprecher der FDP bezeichnete vorher die rot-grünen Parlamentarier hier als «Wachstums-Junkies». Der Stadtrat sagte in seinem Votum, dass die gesamten Investitionen über das Jahr bestellt sind. Ein anderer Sprecher der Linken sagte, dass vom Gemeinderat während des ganzen Jahres wie wild Bestellungen und Ausgaben getätigt werden. Dies alles erinnert an den Black Friday, an einen «Shopaholic», der durch die Regale läuft und ohne Vernunft alles zusammenkauft. Durch dieses Verhalten werden, wissenschaftlich betrachtet, Endorphine und Dopamine ausgeschüttet. Es ist das Belohnungssystem, das im Gehirn aktiviert wird. Man fühlt sich danach besser, wie ein Gutmensch und hat das Gefühl, dass man etwas Gutes getan hat. Dabei wird das Glückshormon ausgeschüttet. Das ist der Fehler der linken Politik. Sie haben nicht Werte oder Vernunft, die Ihnen Schranken bieten. Sie wollen sich selbst bestätigen und verwirklichen. Sie wollen sagen können, dass sie etwas Gutes gemacht haben und sich besser fühlen. Neurowissenschaftler im Marketing und in der Psychologie sagen, dass diese Ausschüttung von Glückshormonen wie ein Drogenrausch ist. Die SVP hat Schranken, die Vernunft vorgeben und Werte haben. Wir haben Heimatliebe und Werte, die uns Schranken geben. Ihnen fehlt das in der Politik, weshalb sie das Belohnungssystem brauchen. Es ist beängstigend, dass andere Parteien, die sich liberal nennen, den Irrweg der Unvernunft beschreiten und das Gefühl haben, man könne den Klimawandel stoppen. Das muss man sich vorstellen. Es gibt hier eine Mehrheit, die weit bis in die FDP reicht, die ein Budget verantwortet von 9,5 Milliarden Franken und das Gefühl hat, sie könne das globale Weltklima in Zürich beeinflussen. China, Indien, Brasilien, Russland – die Schweiz als Ganzes hat keinen Einfluss. Die SVP hält die Stimme der Vernunft. Irgendwann werden Sie nicht mehr das Geld haben, um Ihren Drogenrausch finanzieren zu können. Dann kommt die Zeit der Vernunft und von mehr SVP.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:



6 / 6

Die Budgetvorlage 2022 wird mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat eine neue Budgetvorlage vorzulegen, die folgende Rahmenbedingungen einhält:

1. Reduktion der Ausgaben, so dass die Erfolgsrechnung ausgeglichen wird.
2. Keine Erhöhung von Steuern, Gebühren, Abgaben und Bussen.

Mehrheit: Präsident Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Minderheit: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 174, Beschluss-Nr. 4709/2021).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat